

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

163. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Oktober 2014

Resolution

Die Arbeiterkammer Wien verurteilt die unzulässige Förderung des englischen AKW Hinkley Point auf das Schärfste und sieht darin einen eklatanten Rechtsbruch. Besonders empörend ist, dass die scheidende EU-Kommission diese Förderung noch rasch genehmigt hat.

Alle zuständigen Personen und Institutionen (EU-Parlament und österreichischer Nationalrat) sind aufgefordert, diese Entscheidung mit allen politischen und rechtlichen Mitteln zu bekämpfen.

Die Förderung des geplanten Atomstromkraftwerkes in England ist ein unerhörter Rechtsbruch und eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten der Atomenergie.

Darüber hinaus werden die Bemühungen zum Atomstromausstieg in ganz Europa sabotiert. Die Errichtung neuer Atomkraftwerke ist eine zusätzliche Bedrohung aller Staaten in Europa und kann nicht auch noch mit Steuermitteln gefördert werden.

Wenn diese Förderung in Form eines für dreißig Jahre wertgesichert gestützten hohen Einspeisetarifs Schule macht, dann ist ein Wiederaufleben der an sich unrentablen AKW-Technologie zu befürchten.

Österreich ist zusätzlich gefährdet, da auch die Atomausbaupläne in den benachbarten Ländern, insbesondere in der Tschechischen Republik leichter durchgesetzt werden können, da die AKWs ohne staatliche Förderung unwirtschaftlich sind.

Diese Entscheidung der EU Kommission ist ein schwerer Affront gegenüber allen atomkraftfreien Staaten und Umweltschützern.